

Im Nachgang zu den Beratungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.10.2015 und dem Prüfauftrag an die Verwaltung, ob die Einrichtung einer Koordinatorenstelle gemeinsam mit den Nachbarkommunen möglich sei, berichtet Bürgermeister Raetz, dass die Verwaltung von dieser Möglichkeit abrate, vor allem im Hinblick auf die deutlich gestiegene Anzahl der Flüchtlingszuweisungen, die eine volle Kraft für Rheinbach erforderlich mache.

Ratsherr Huth stellt den Antrag, auch diese Stelle mit einem kw-Vermerk zu versehen. Es besteht Einvernehmen, den kw-Vermerk im Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Auf die Frage von Ratsfrau Mäsgen nach der Refinanzierung erklärt Bürgermeister Raetz, dass die Verwaltung das detaillierte Arbeitsprofil dieser Stelle einreichen müsse und es dann wahrscheinlich eine Refinanzierung gebe. Der Rat habe ja auch in der heutigen Sitzung den Beschluss gefasst, dass er von einer 100%igen Erstattung ausgehe.